

# Es mangelt an Medikamenten: Ärzte und Apotheker helfen sich gegenseitig aus

**Knappheit** Immer mehr Arzneimittel sind von Lieferengpässen betroffen. Zwar ist es in Liechtenstein bislang noch zu keinem Totalausfall eines Mittels gekommen, doch die Auswirkungen der internationalen Knappheit machen sich auch hier bemerkbar: Ärzte und Apotheker haben nicht mehr alles lagernd.

VON MICHAEL WANGER

Eigentlich hätte einem der Hausarzt Antibiotika zur Genesung verschrieben, doch in dessen Magazin fehlt dieses Medikament schlichtweg. Ein Szenario, das sich wohl niemand vorstellen will, der auf Medikamente angewiesen ist. Durch die aktuellen Lieferengpässe vieler Medikamente und Impfstoffe kommt es in Europa aber genau zu solchen Problemen. Bereits seit Jahren gebe es Liefer-schwierigkeiten bei Medikamenten, erklärt Brigitte Batliner vom Amt für Gesundheit auf Anfrage. Ursachen dafür gibt es verschiedene. Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland oder Österreich überschlagen sich die Meldungen hierzu förmlich. Beispielsweise gibt es bestimmte Arzneimittel, die praktisch nur noch von einem Pharmaunternehmen produziert werden. Fällt diese Produktion einmal aus, gibt es vorübergehend keine Alternativprodukte. Auch spielen sich die Hersteller weltweit gegenseitig in die Karten; besonders bei Medikamenten, die günstig produziert werden können. Die Unternehmen unterbieten sich gegenseitig, wodurch die Preise



Oftmals müssen sich Ärzte und Apotheker untereinander absprechen, da sie gewisse Medikamente nicht mehr lagernd haben. (Symbolfoto: SSI)

«Immer wieder einmal sind bestimmte Arzneimittel und Impfstoffe kurz- oder mittelfristig nicht lieferbar.»

STEFAN RÜDISSER  
LIECHTENSTEINISCHE ÄRZTEKAMMER

fallen. Dadurch schliessen immer mehr Pharmaunternehmen ihre Produktionslinien. Damit steigen im gleichen Zug aber auch wieder die Importpreise der betroffenen Wirkstoffe. Ein Teufelskreis. «Europaweit gibt es inzwischen diverse Arbeitsgruppen, die sich mit diesem Thema umfassend beschäftigen», so Batliner. Die Lieferengpässe machen auch vor den Grenzen Liechtensteins

nicht halt. Zwar scheint die Knappheit hierzulande nicht so ausgeprägt zu sein wie in anderen europäischen Ländern, doch spürbar ist

diese laut Stefan Rüdissler, Präsident der Liechtensteinischen Ärztekammer, allemal. «Aktuell sind zwar keine relevanten

Lieferengpässe vorhanden. Es ist aber richtig, dass immer wieder einmal bestimmte Arzneimittel und Impfstoffe kurz- bis mittelfristig nicht lieferbar sind», so Rüdissler auf Anfrage. Immerhin habe es bislang noch keine patientenrelevanten Probleme gegeben. Ärzte und Apotheker könnten die Lieferengpässe zurzeit nämlich noch gut überbrücken, indem diese andere Ärzte oder Apotheken anfragen.

Zudem seien laut Nikolaus Frick, Präsident des liechtensteinischen Apothekervereins, oftmals nur einzelne Dosierungen von Medikamenten nicht lieferbar. Andere Packungen desselben Wirkstoffes dienten somit sehr gut als «Übergangslösung», da Ärzte und Apotheker die Tabletten einfach halbieren respektive verdoppeln können.

## Was tun, wenn die Lager leer sind?

«Es kann aber leider auch vorkommen, dass ein Wirkstoff ganz ausfällt, was dann eine Neueinstellung der Medikation vom behandelnden Arzt erfordert», so Frick gegenüber dem «Volksblatt». Fehlende Arzneimittel stellten für die betroffenen Personen unter Umständen ein grosses Problem dar. «Zwar gab es das immer schon, dass Wirkstoffe kurzfristig nicht lieferbar waren, aber so ausgeprägt wie derzeit habe ich diese Situation noch nie erlebt», sagt Frick.

Da Liechtenstein keine eigene Zulassungsbehörde für Arzneimittel hat, spricht, in erster Linie von den in der Schweiz zugelassenen Medikamenten abhängig ist, ist das Land auch unmittelbar von den Entwicklungen in der Schweiz betroffen. Dennoch

ist es laut Frick auch möglich, Medikamente aus den benachbarten EU-Ländern zu beziehen. Dies, sofern deren Wirkstoff, Dosierung und Arzneiform identisch mit dem eigentlichen Medikament übereinstimmen.

Stefan Rüdissler sieht in dieser Alternative jedoch Probleme: «Der Import solcher Arzneimittel aus anderen Ländern als der Schweiz sind administrativ aufwendig. Teils unterliegen diese Produkte nämlich behördlichen Meldeverfahren.» Demnach beschränke sich der Import aus anderen Staaten nur auf Einzelfälle in sehr dringenden Fällen.

## Knapp 600 Produkte betroffen

Derzeit gibt es in der Schweiz 591 offene Lieferengpässe für Wirk- und Impfstoffe (Stand: 19. Juni). Dies geht aus der Website drugshortage.ch hervor, die sowohl die betroffenen Unternehmen als auch den Status der Verfügbarkeit deren Produkte auflistet. Laut dem Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) waren Anfang dieses Jahres sogar 600 Arzneimittel und Impfstoffe nicht oder kaum verfügbar.

## Lieferengpässe

### Wirkstoffe, an denen es am häufigsten mangelt

#### Arzneimittel

- 105 Engpässe: Mittel mit Wirkung auf das Renin-Angiotensin-System (Hormon- und Enzymregulierung)
- 32 Engpässe: Analgetika (Schmerzmittel)
- 27 Engpässe: Antineoplastische Mittel (Krebsmedikamente)
- 24 Engpässe: Antibiotika zur systematischen Anwendung
- 24 Engpässe: Urologika (Antibiotika bei Harnwegsinfektionen)

- 21 Engpässe: Mittel bei säurebedingten Erkrankungen
- 21 Engpässe: Antiepileptika (Epilepsie)
- 20 Engpässe: Antiphlogistika und Antirheumatika (entzündliche Erkrankungen / Rheumatherapie)
- 20 Engpässe: Psychoanaleptika (Aufputsch- und Beruhigungsmittel)
- 20 Engpässe: Ophthalmika (Augenerkrankungen)

#### Impfstoffe

- 10 Engpässe: Impfstoffe nicht genauer angegeben

Quelle: www.drugshortage.ch

## Überblick

### Fünf Verkehrsunfälle in zwei Tagen

**SCHAAN** Fünf Mal krachte es auf Liechtensteins Strassen seit Dienstagmorgen, wie die Landespolizei mitteilte. Ein Überblick:

- In Balzers fuhr am Donnerstag gegen 8.15 Uhr ein Motorradlenker vom Kreisverkehr kommend in nordöstliche Richtung, als ein Autofahrer von der Coop-Tankstelle kommend auf Gagoz fuhr. Bei der Kollision stürzte der Motorradfahrer, verletzte sich leicht. An den Fahrzeugen entstand zum Teil erheblicher Sachschaden.
- In Schaan fuhr am Donnerstag gegen 11.20 Uhr eine Fahrradfahrerin mit ihrem Mountainbike auf dem Fahrradstreifen der Feldkircherstrasse in nördliche Richtung. Als sie auf den Gehweg fahren wollte, stürzte sie über den Randstein. Sie verletzte sich, musste mit dem Rettungsdienst ins Spital überführt werden.
- In Balzers stürzte am Dienstag gegen 15 Uhr eine Fahrradfahrerin auf der Fürstenstrasse und stürzte. Sie erlitt Verletzungen am Kopf, musste mit dem Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht werden.
- Kurze Zeit später fuhr in Vaduz eine Autofahrerin auf der Hauptstrasse Heiligkreuz in Richtung Zentrum und bemerkte das verkehrsbedingte Anhalten des Autos vor ihr zu spät. Durch die Kollision entstand an beiden Fahrzeugen Sachschaden.
- In Eschen fuhr ein Mann in der Nacht auf Mittwoch in einen Eisenzaun neben der Nebenstrasse Hinterdorf. Ohne die Schadensregulierung einzuleiten, entfernte er sich pflichtwidrig von der Unfallstelle, wurde jedoch noch am Vormittag von der Polizei ermittelt. (red/lpfl)

## Gemeinde Triesenberg erhöht den Druck

**Initiative** Die Gemeinde Triesenberg fühlt sich seit Längerem finanziell benachteiligt. Nun soll der Landtag helfen.

VON HOLGER FRANKE

Die Gemeinde Triesenberg ist mit einer Gesetzesinitiative an den Landtag gelangt, die das Ziel hat, eine grössere Finanzausweisung des Landes zu erhalten. Wie es in der Begründung der Initiative heisst, bemängelt die Gemeinde Triesenberg seit geraumer Zeit, dass der heutige Finanzausgleich den Aufgaben und Lasten der Gemeinde nicht gerecht werde.

### Gemeinde will einen Sonderzuschlag

Aus der Sicht der Gemeinde solle das Finanzausgleichsgesetz dahingehend abgeändert werden, dass für die Deckung der Kosten des Naherholungsgebietes Steg-Malbun die Gemeinde künftig einen Sonderzuschlag erhält, der sich mit einer theoretischen Einwohnerzahl von 1500 multipliziert mit einem Zuschlag von 1.26 Franken pro Einwohner berechnet. Unter dem Strich würde dies also «weniger als eine Million Franken pro Jahr» für die Gemeinde Triesenberg bedeuten, wie Vorsteher Christoph Beck gegenüber dem «Volksblatt» verdeutlicht. Einfach den Gemeindesteuersatz anzuheben, ist für ihn kein wirklich gangbarer Weg. Aus seiner Sicht solle

sich die Allgemeinheit, die vom Alpengebiet als Naherholungsgebiet profitiert, eben auch stärker an den Kosten beteiligen. Wie die Gemeinde im Rahmen der Initiative argumentiert, ist sie als Berggemeinde, ohne relevantes Entwicklungspotenzial zur Ansiedlung von Betrieben, auf den Finanzausgleich angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. «Ziel ist es dabei keineswegs, ein gleiches Infrastruktur- oder Serviceniveau wie die reichsten Gemeinden des Landes anzustreben», heisst es in der Begründung. Eingeräumt wird zwar, dass im Finanzausgleich eine Sonderkomponente existiert, mit welcher die Lasten, die die Gemeinde Triesenberg im landesweiten Interesse trägt, abgegolten werden sollen. «Die Gemeinde hat der Regierung wie auch den politischen Parteien aufgezeigt, dass das heutige Abgeltungsvolumen die direkten Kosten der Gemeinde für das Naherholungsgebiet nicht abdeckt», argumentiert dagegen allerdings die Gemeinde. Sie wäre zwar auch bereit, zumindest einen Teil der nicht gedeckten Kosten durch eine entsprechende Umlage bei den Besitzern von Ferienliegenschaften einzuheben. Rechtliche Abklärungen hätten jedoch ergeben, dass das für ein solches keine ausreichende gesetzliche Grundlage dafür bietet. «Trotz dieser Feststellung von nicht umsetzbarem Recht ist die Regierung bis anhin nicht bereit, diesen Umstand zu ändern und dem Landtag eine entsprechende Anpassung vorzuschla-



Die Pflege des Naherholungsgebietes Steg-Malbun hat seinen Preis, daher will die Gemeinde Triesenberg mehr Mittel vom Land. (Symbolfoto: SSI)

gen, was aus Sicht der Gemeinde Triesenberg nicht nur unverständlich, sondern auch unhaltbar ist», heisst es in der Begründung zur Initiative. Auch unter Abzug der von den Liegenschaftsbesitzern in Steg-Malbun entrichteten Vermögenssteuern decke der über den Finanzausgleich entrichtete Sonderbeitrag die Kosten des Naherholungsgebietes bei Weitem nicht.

### Erinnerung an frühere Zeiten

Ein weiterer Mangel bestehe in dem Umstand, dass der Sonderzuschlag für Steg-Malbun nach der Systematik der Finanzausgleichsstufe 2 mit einer theoretischen Einwohnergrösse von 1200 berechnet wird, aber der Zuschlag für eine Gemeinde mit mehr als 2000 verwendet wird. Die 1200 theoretischen Einwohner entsprechen ausserdem nicht der aktuellen Situation, da seit der Festlegung der theoretischen Einwohner viel gebaut wurde. Wie die Gemeinde abschliessend zusammenfasst, sei klar, dass die Gemeinde Triesen-

berg gegenüber den anderen Gemeinden systematisch benachteiligt werde. «Im ursprünglichen Finanzausgleich wurde der kostenintensiveren Topografie noch mit einem Zuschlag für Berggemeinden Rechnung getragen. Noch 2007 erhielt Triesenberg aus dieser Zuteilungsstufe einen Betrag von 3,3 Mio. Franken zugesprochen, was die Aufwendungen für Steg-Malbun auch beinhaltet», erinnert die Gemeinde. Die Wiedereinführung einer entsprechenden Lastenausgleichskomponente wäre aus Sicht der Gemeinde deshalb «nicht nur wünschenswert, sondern auch fair». Die Gemeinde anerkennt jedoch, dass eine isolierte Anpassung der Stufe 2 des Finanzausgleichs zu kurz greift und für Anpassungen des Systems eine umfassende Betrachtung und Bewertung notwendig ist. «Eine solche wäre – gerade angesichts der im vergangenen November 2018 im Landtag zu dieser Thematik geführten Diskussion – sehr angezeigt», heisst es abschliessend.